

Herr Dr. Peeters erklärt für die SPD-Fraktion, dass der hohe Personalaufwand offensichtlich nicht im Verhältnis zum erwirtschafteten Ertrag stehe. Im bestätigten Gespräche mit anderen Städten und Gemeinden, dass solche Regelungen die Situation der betroffenen verschärfen würden. Ggf. führe dies zu einem Ausweichen in die Illegalität.

Der Kämmerer bestätigt, dass die Ausarbeitung der Satzung in der Tat viel Arbeit bedeutet habe. Es ließe sich aber nicht prognostizieren, wie viel Einnahmen die Gemeinde hierdurch erziele.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen mehr ergeben, lässt der Bürgermeister abstimmen.